

Liebe Genossinnen und Genossen,



Immer die gleichen Forderungen und kaum etwas hat sich geändert

Internationaler Frauentag, Equal Pay Day und „One Billion Rising“ – an all diesen Tagen fordern wir gemeinsam immer wieder: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit, Frauen raus der Armut, ein Recht auf ein gewaltfreies Leben. und vieles mehr, was uns zur Gleichstellung der Geschlechter verwehrt wird.

Wenn wir das alles aber schon seit über 100 Jahre fordern, warum haben wir es noch nicht erreicht? Unter anderem weil Frauen nicht an den Schaltstellen der Macht sitzen. Weder in der Politik, noch in Forschung oder Wirtschaft. Das muss sich als allererstes ändern. Das können wir (zumindest in der Kommunalpolitik) sofort ändern.

Deshalb: Frauen stürmt die Rathäuser, der 16. März ist die beste Gelegenheit!

In diesem Sinne wünsche ich Euch viele Erkenntnisse bei der Lektüre des neuen AsF Newsletters (der immer noch einen Namen sucht).

Freundschaft!



AsF Landesvorsitzende

FRAUEN WÄHLT FRAUEN!



**Frauen,
wählt
Frauen!**

weil „Politik viel zu wichtig ist, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte“, das stellte schon in den sechziger Jahren die ehemalige Bundesfamilienministerin Käthe Strobel fest.

Dies gilt erst recht für die Kommunalpolitik. Denn Kommunalpolitik wirkt vor Ort, wo Politik direkt

erfahrbar ist. Bebauungspläne, Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung, Wirtschaftsförderung, öffentlicher Nahverkehr, kommunale Bildungspolitik, Gleichstellungspolitik und vieles mehr beeinflussen unser Leben und prägen unsere Lebensqualität.

Engagierte Frauen sind in der Kommunalpolitik enorm wichtig. Um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen, müssen die gesellschaftlichen Potenziale und Ressourcen in Zukunft besser genutzt werden.

Dazu ist es im besonderen Maße wichtig, dass Frauen ihre Erfahrungen, Interessen, Kompetenzen, ihre eigene Betroffenheit und den ihnen eigenen Blick einbringen.

Darum: Frauen wählt Frauen!

Damit dieser Wahlauf Ruf auch in der Fläche, in der die AsF manchmal nicht ganz so präsent ist, verteilt werden kann, hat der Landesvorstand beschlossen, diese Flyer in Postkartenformat den Gliederungen kostenlos für den Kommunalwahlkampf zur Verfügung zu stellen. Über 10.000 solcher Karten wurden von Gliederungen bestellt und rechtzeitig zum int. Frauentag versendet.

Die Rückseite ist eine allgemeine Aufforderung die SPD KandidatInnen zu (Ober-) BürgermeisterIn, zu Landrat/Landrätin zu wählen und stellt die Möglichkeit des „Häufeln“ (Kummulierens) bei Kreistags- und Gemeinderatslisten grafisch dar.

CETERUM CENSEO - ZUM 8. MÄRZ



Mehr als 100 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag haben Frauen zwar die gleichen Rechte wie Männer, aber nicht die volle Entscheidungsfreiheit, auch Chancengleichheit ist nach wie vor noch nicht erreicht.

Immer noch legen bestimmte Anreizsysteme, wie etwa das Ehegattensplitting, eine traditionelle Rollenaufteilung nahe. Das hat Folgen für den gesamten Lebensverlauf von Frauen und Männern.

Und so haben wir bis heute keine vollständige Gleichstellung. Seit über 100 Jahren fordern wir das immer das Gleiche – und trotzdem verdienen Männer im Durchschnitt etwa 22 Prozent, in Bayern sogar 26 Prozent mehr als Frauen. Noch immer sind Frauen häufiger im Niedriglohnssektor anzutreffen und stecken in der Minijob- und Teilzeitfalle fest. Um Erziehung und Pflege kümmern sich nach wie vor hauptsächlich die Frauen. Und obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie noch nie zuvor, sind sie immer noch kaum in den Führungsetagen von Politik, Forschung und Wirtschaft zu finden. Und am Ende eines Frauen-

Erwerbslebens bleibt im Schnitt nur die Hälfte einer durchschnittlichen Männer-Rente.

Deshalb brauchen wir gesetzliche Regelungen zur Entgeltgleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit, die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung aufdecken und beseitigen helfen. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn der all jene Berufe aufwertet, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Deshalb brauchen wir endlich eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte von börsennotierten oder voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen, nur so wird den hoch qualifizierten Frauen in der Wirtschaft zu ihrem Recht verholfen, endlich auch in Toppositionen aufzusteigen.

Auf den Gesetzgeber warten aber auch noch andere Aufgaben: wir brauchen ein wirksames Gewaltschutzgesetz, es kann nicht sein, dass ein Drittel der Frauen Opfer von Gewalt, Mishandlung, Stalking und Vergewaltigung sind. Wir brauchen die gesetzliche Verankerung einer geschlechtersensiblen Sichtweise in der Gesundheitspolitik und wir brauchen die Legalisierung der „Pille danach“. Unsere Aufgabe als frauenbewegte Frauen in der ASF besteht auch darin, wach die Diskussionen um den §218 zu begleiten und uns vehement gegen Verschlechterungen zu wehren.

VOR ORT! NEUJAHR-FRÜHSTÜCK

Bereits zum dritten Mal fand in Pullach im Isartal das Neujahr-Frühstück (neudeutsch: Brunch) der Oberbayern-ASF statt.

Aus ganz Oberbayern kamen die Frauen zusammen um sich über Politik im Allgemeinen und weibliche Kommunalpolitik im Besonderen auszutauschen. Dabei stand diesmal der Erfahrungsaustausch zum Kommunalwahlkampf im Vordergrund. So wurde Wahlkampfmaterial kritisch begutachtet und viele Tipps von alten Häsinnen an zum ersten Mal kandidierende Genossinnen gegeben.

Als special Guest stellte die Landratskandidatin Annette Ganssmüller-Maluche ihre Kampagne vor.

„Ich finde es einfach super, dass wir so tolle Frauen haben, die für das Bürgermeisterinnenamt, als Gemeinderätin oder als Landrätin kandidieren“ freute sich Maria Noichl, die Vorsitzende der ASF Oberbayern über die vielen Kandidaturen von oberbayrischen Frauen zur Kommunalwahl.



v.l.n.r.: Maria Noichl, ASF Obb. Vorsitzende, Annette Ganssmüller-Maluche, Landratskandidatin und die ASF Landesvorsitzende Micky Wennatz

ZUR DISKUSSION

DIE NEUE MÜTTERRENTE

Dorothee Klinksiek

Die Rentenhöhe hängt von den im Laufe des Berufslebens angesammelten Entgeltpunkten ab. Je mehr Punkte, desto höher die Rente. Im Westen entspricht ein Entgeltpunkt aktuell 28€.

Mütter erhalten für Kinder, die nach 1992 geboren wurden, bis zu 3 Punkte. Für Kinder, die vorher geboren wurden, gibt nur einen Punkt. Das ist nicht gerecht.

Ab 1. Juli 2014 soll es gerechter zugehen. Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind dann 2 Entgeltpunkte wert. Mehr Gerechtigkeit und Bekämpfung der Altersarmut von Frauen, das sind die Ziele der Reform. Zweifel am Erfolg dieser Zielsetzungen sind angebracht.

Zunächst das Offensichtliche: 2 Entgeltpunkte sind besser als einer, aber immer noch einer zu wenig. Das ist nicht gerecht.

Finanziert werden soll die Rentenerhöhung aus der Rentenversicherung. Das heißt von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern. Das ist nicht gerecht.

Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb auch von allen finanziell mitgetragen, d.h. aus Steuermitteln finanziert werden. Bei der Einführung von Kindererziehungszeiten für die Rentenberechnung in den 1980-er Jahren wurde die gesamtgesellschaftliche Leistung von Frauen noch ernst genommen. Die zusätzlichen Entgeltpunkte wurden aus Steuern finanziert. Jetzt findet eine Umverteilung zu Lasten der Versicherten statt.

Aber es gibt noch mehr grundsätzliche Probleme und Ungerechtigkeiten.

Der zusätzliche Entgeltpunkt trägt nicht zum Abbau der Altersarmut von Frauen bei. Die Leistung wird auf die Grundsicherung ebenso angerechnet wie auf die Witwenrente. Frauen, die relativ schnell nach der Geburt wieder in den Beruf zurückgekehrt sind, sind ebenfalls benachteiligt. Ihnen wird nicht der volle



Entgeltpunkt zusätzlich gut geschrieben. Der aus ihrem damaligen Verdienst

entstandene Rentenanspruch wird mit dem Punkt für die Mütterrente verrechnet. Wer also berufstätig sein musste, obwohl es für Kinder kaum Betreuungsmöglichkeiten gab, ist jetzt wieder die Dumme. Das ist nicht gerecht.

Väter haben sich im letzten Jahrhundert im allgemeinen nur wenig um Kinder gekümmert. Sie waren berufstätig und haben Karriere gemacht. Trotzdem profitieren auch sie von der Mütterrente, wenn die Ehe geschieden wurde. Wenn die Rente der Ex-Ehefrau durch die Mütterrente steigt, muss der bei der Scheidung vereinbarte Versorgungsausgleich auf Antrag neu berechnet werden.

Aber was ist gerecht?

Noch ist das Gesetz zur Mütterrente nicht beschlossen, noch besteht die Möglichkeit, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und vielleicht auch zu korrigieren. Aber wie kann eine gerechte Lösung aussehen, die auch finanzierbar ist? Durch Steuererhöhungen alleine geht es wohl nicht. Ist Umverteilung ein Weg? Und wenn ja, wo setzen wir an?

Oder grundsätzlich gefragt, brauchen wir die Mütterrente überhaupt? Für Frauen mit Mini-Rente und Witwenrente ist bringt die Mütterrente nichts, für Frauen, die schnell nach der Geburt ihres Kindes wieder berufstätig waren, bringt sie wenig.

Dennoch kostet die Mütterrente über 6 Milliarden! Euro pro Jahr. Wer profitiert davon? Brauchen diese Frauen die Mütterrente von etwa 330€ pro Jahr! wirklich? Oder ist es nur eine teure, symbolische Anerkennung für Mütter? Gibt es nicht andere Möglichkeiten, die Lebensleistungen von Müttern anzuerkennen?

AUF UNS FRAUEN KOMMT ES AN



Kerstin Wesphal
Bayrische Spitzenkandidatin
für die Europawahl

**„FRAUEN STÜRMEN
DIE RATHÄUSER“
DAS WAR DER TOLLE
UND RICHTIGE TITEL
FÜR DIE GROSSE KON-**

**FERENZ DER ASF BAYERN ZUR KOM-
MUNALWAHL. DENN AM 16. MÄRZ,
GEGEBENENFALLS AUCH AM 30. MÄRZ,
ENTSCHEIDEN DIE BÜRGERINNEN UND
BÜRGER ÜBER DIE ZUKUNFT IHRER
KOMMUNE. ICH BIN DAVON ÜBER-
ZEUGT: AUF UNS FRAUEN KOMMT ES
AN!**

Ich will, dass wir endlich mehr weibliche Landrätinnen, (Ober-)bürgermeisterinnen und Rätinnen bekommen. Nur knapp 19 Prozent der Stadt- und Gemeinderatsmandate sind weiblich; nur zwei der 71 Landräte sind Frauen. Das muss sich JETZT ändern! Deshalb freue ich mich, dass so viele Frauen kandidieren. Ich bin mir auch sicher, dass wir deutlich mehr werden. Das ist gerecht. Die Hälfte der Gesellschaft soll endlich auch die Hälfte der (Top-)positionen bekommen. Davon wird auch die gesamte Kommune profitieren. Denn manche glauben Frauenpolitik mit Familienpolitik gleichsetzen zu können. Wir Sozialdemokratinnen wissen: Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb kümmern wir uns erfolgreich um die Neuan-siedlung von Betrieben genauso, wie um Kinderbe-treuungsplätze. Eine Aufgabe, die übrigens mit dem EU-Vertrag von Amsterdam durch die Aufnahme des Gender Mainstreaming anerkannt und auch gefördert wurde und wird.

Aus eigener Erfahrung aus meinen 12 Jahren Stadt-ratstätigkeit in Schweinfurt kann ich sagen, dass die Kommunalpolitik sehr viel Spaß macht. Es ist die Ebene, die unmittelbar an den Wünschen aber auch Nöten der Menschen dran ist. Und es ist wunderbar zu sehen, wie man eigene Ideen umsetzen kann.

Deshalb wünsche ich Euch einen erfolgreichen Wahlkampf mit viel Spass! Stürmt die Rathäuser und gemeinsam werden wir für ein anderes Europa kämpfen!!!

FRAUEN IN EUROPA



Maria Noichl
Europakandidatin für
Oberbayern

Anne Seibring schrieb in
einem Editorial:

„DIE Frauen in Europa gibt
es nicht. Sie sind durch
das Merkmal Geschlecht verbunden, unterscheiden
sich aber aufgrund von Bildungsstand, Herkunft und
Religion...“

Sicherlich ist dieser Satz wahr - doch ich denke er ist
zu kurz gefasst.

Uns Frauen in Europa verbindet weit mehr als NUR
das Geschlecht:

230 Millionen Frauen, aus 28 Ländern, arm oder reich,
in Städten oder am Land, im Süden oder im Norden -
uns verbinden die gleichen Kampfplätze:

Frauenarmut: trotz Arbeit - meist durch Kinder noch
verschärft - und häufig im Alter den damit verbunde-
nen Verlust der Würde.

Gewalt gegen Frauen: in Beziehung oder dem sozia-
len Umfeld unterscheidet sich kaum, ob sie in Spanien
oder in Dänemark stattfindet.

Frauen - als **unterrepräsentierte Gruppe:** in Politik
oder in der Wirtschaftselite.

Liebe Genossinnen, erlaubt mir hierzu noch einen
weiteren Gedanken.

Wenn derzeit überall von „Freihandelszonen und
- abkommen“ die Rede ist, denken viele an den
Wirtschaftsraum Europa und an die entsprechenden
Dienstleistungsrichtlinien.

Wenn aber ich das Wort Freihandelszone lese, dann
kommt mir sofort die „Handelsware Frau“ in den
Sinn: Verkaufte Frauen, zum Sex gezwungen, wie
Sklavinnen gehalten, ausgebeutet und dann wie Müll
weggeworfen. Frauenhandel findet mitten unter uns
statt und die herrschende Männerwelt schweigt oder
kauft mit ein!

Da soll uns noch irgendetwas sagen, uns würde
doch nur das Geschlecht verbinden....

In Wirklichkeit verbindet und doch weit mehr:
Unser Lebensläufe, unsere Enttäuschungen, unsere
Schmerzen, aber auch unser Wünsche und Träumen.

Wir träumen von einem Europa der freien, gleichen,
respektierten und geschützten Frauen.

Dies wünschen sich ALLE Frauen Europas.

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL - DIE EUROPAWAHL



Stephanie Schäfer
Europakandidatin für
Mittelfranken

Am 25. Mai ist Europawahl. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird es darum gehen, Europa wieder näher zu den Menschen zu bringen, damit möglichst viele von ihrem Wahlrecht Gebrauch

machen. Europa wird häufig nur noch mit Krise, Rettungsschirm, Bürokratie und Überregulierung in Verbindung gebracht. Das wollen und müssen wir ändern, wenn wir in Zukunft ein Europa haben wollen, das sozial, demokratisch und solidarisch ist. Neben einer „großen Erzählung“, wie im künftigen Europa Kompetenzen verteilt sein sollen und der Frage, wie sich die Mitgliedstaaten der Eurozone an den Finanzmärkten refinanzieren, müssen wir Themen setzen, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger vor Ort betreffen.

Für uns in der Metropolregion wird es häufig um die Förderung von Unternehmen und Infrastrukturprojekten gehen und somit um die Vernetzung von Kommunal- und Europapolitik. Ebenso betreffen Themen wie Energiepolitik, Datenschutz und Verbraucherschutz das Leben der Menschen unmittelbar. Daher wird uns auch die Diskussion über das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA im Wahlkampf beschäftigen.

Gerade aber für uns in Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte spielt der Umgang der EU mit Flüchtlingen und somit der Stellenwert der Menschenrechte eine große Rolle. Wenn die Idee eines geeinten Europa weiterhin bei Europas Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden soll, muss Europa mehr sein als ein Wirtschafts- und Währungsraum; es muss jungen Menschen Chancen und Perspektiven bieten anstatt sie ihnen zu nehmen, damit Europa auch in Zukunft für Frieden und Wohlstand steht.



MACH MIT!

AsFBayern jetzt auf facebook und mit neuer Homepage

Die AsFBayern hat seit einiger Zeit eine neue Homepage (www.asfbayern.de) und ist jetzt ganz neu auch auf facebook ([asfbayern](https://www.facebook.com/asfbayern)).



Wir möchten das Knüpfen von Netzwerken weiter vorantreiben und noch offensiver in die Öffentlichkeit treten. Hierfür brauchen wir euch!

Die AsFBayern lebt durch eure Aktivitäten!

Daher schickt uns Infos über euer Engagement vor Ort an asf@bayernspd.de.

Einen Namen für unseren frauenpolitischen Newsletter

Wie ihr sicherlich schon bemerkt habt, braucht der frauenpolitische Newsletter noch immer einen guten Namen.

Bitte sendet eure Vorschläge an:

asf@bayernspd.de

Jetzt schon Danke für eure Kreativität!

EUROPAS FRAUEN HABEN DIE WAHL!



Marion C. Winter
Europakandidatin für
Niederbayern

Zu einer Veranstaltung mit diesem Titel hat mich die Friedrich Ebert Stiftung als Europakandidatin eingeladen, um über das Thema EU-Gleichstellungspolitik zu

reden. Zur Vorbereitung habe ich erst einmal Statistiken gewälzt von denen es jede Menge zu diesem Thema gibt. Mein Fazit daraus: Es gibt kein Land in der EU in dem wirklich Frauen und Männer die gleichen Rechte und Möglichkeiten in allen Lebensbereichen haben.

In den meisten Ländern stellt sich die Situation sogar ähnlich dar. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer.

Obwohl mehr Frauen ein Studium beginnen und auch abschließen, arbeitet ein großer Teil in schlechter bezahlten Berufen und es gibt weniger Frauen in Führungspositionen, egal ob im eigenen oder fremden Unternehmen.

Besonders ist mir auch aufgefallen, dass Frauen mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit (Haushalt etc.) und Männer mehr Zeit mit bezahlter Arbeit und Freizeitaktivitäten verbringen.

Um gleiche Bedingungen für Frauen und Männer zu schaffen, betreibt die EU Gleichstellungspolitik, aber wie effektiv ist diese in der tatsächlichen Umsetzung.

Männer sind häufiger berufstätig als Frauen, wobei der Unterschied hier in machen Ländern gravierend ist. Die EU fordert eine Beschäftigungsquote von 75 % für Frauen bis 2020, doch es ist unklar was passiert in den Ländern die dies nicht erreichen.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu diskriminieren und ihnen für gleiche oder gleichwertige Arbeit geringere Löhne zu zahlen ist in der EU illegal, aber trotzdem passiert es täglich überall.

Die Entscheidung des EU-Parlaments das bis 2020 40% der Aufsichtsratsposten in den rund 5.000 börsennotierten Unternehmen der EU mit Frauen besetzt

werden sollen, ist eine wichtige Entscheidung für die Gleichstellungspolitik und ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber Gleichstellungspolitik darf nicht nur Arbeitspolitik sein. Wir brauchen u.a. europäische Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, für gleiche medizinische Versorgung und Selbstbestimmung. Unsere besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Frauen mit Behinderung gelten, die hier mehrfach gefährdet sind. Auch in der Flüchtlingspolitik müssen wir für Frauen die aufgrund ihres Geschlechtes verfolgt werden besondere Regelungen treffen.

Gleichstellungspolitik ist eine sehr wichtige, wenn auch schwierige Aufgabe, für unsere EU-Politiker, aber wichtiger als alle Konzepte, Verordnungen ist es, dass dies ernsthaft betrieben und auch dafür gesorgt wird, dass es nicht nur Bekenntnisse sind, sondern diesen Bekenntnissen auch Taten folgen.

Hier haben wir am 25. Mai 2014 die Wahl, wollen wir als Frauen tolle öffentliche Bekenntnisse wie wichtig es ist das alle Europäerinnen und Europäer gleiche Lebensbedingungen und Chancen haben oder wollen wir eine Politik die ehrlich sagt, was durch das EU-Parlament machbar ist und dies dann auch in die Tat umsetzt.

Bei der letzten EU Wahl haben 32 % der Frauen die CDU gewählt und 20,8 % die SPD, wobei die Wahlbeteiligung mit 43 % fast so hoch war wie die der Männer.

Die Europapolitik braucht einen Wandel - weg von der Politik des schönen Scheins, des Geldes für den Lobbyismus, hin zu einer Politik der Taten, der sozialen Gerechtigkeit für die Menschen.

Für die Politik der Taten stehen nicht nur ich, sondern alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl, zusammen mit dem Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz.

Ihr habt am 25. Mai 2014 die Wahl, nutzt diese Chance zur Veränderung, geht zur Wahl und macht euer Kreuz bei der Sozialdemokratie.

Eure Marion C. Winter

SONJA RÖHM - ASF-REFERENTIN



Herzlich willkommen in Bayern und bei der AsF liebe Sonja. Bitte stell Dich doch kurz vor.

Aus dem hessischen Gießen hat es mich nach Bayern, vielmehr München, verschlagen. Seit Mitte Januar bin ich die neue Referentin für die AsF Bayern.

Zuvor habe ich als Wahlkampfreferentin bei der HessenSPD gearbeitet und ganz zu Beginn direkt nach dem Studium als Projektmitarbeiterin bei der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e.V. in Gießen.

Für die Sozialdemokratie engagiere ich mich nun schon fast neun Jahre mit Leidenschaft. In meiner ehrenamtlichen Zeit habe ich mich, neben vielen anderen Themen, gegen Diskriminierung in jeglicher Hinsicht eingesetzt. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine tolerante Gesellschaft ist für mich besonders wichtig.

Jetzt freue ich mich, hier in München meiner neuen Aufgabe nachzugehen. Ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit mit Euch.

Beste Grüße
Sonja

TERMINE

ASF LANDESKONFERENZ ACHTUNG - ORTSÄNDERUNG

Die Landekonferenz 2014 finde am 17./18.5.2014 in Nürnberg statt.

JAHRESTAGE

- 08.03.14: Internationaler Tag der Frau
- 21.03.14: Equal-Pay-Day
- 26.04.14: 40. Jahrestag Abtreibungsgesetz Bundestag: Abtreibung in den ersten 3 Schwangerschaftsmonaten nach ärztlichem Attest straffrei
- 04.06.14: 110. Jahrestag der Gründung des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“
- 14.09.14: 20. Jahrestag Ernennung der ersten Frau an die Spitze des Bundesverfassungsgericht, Jutta Limbach
- 13.12.14: 95. Jahrestag der Gründung der Arbeiterwohlfahrt durch Marie Juchacz, Frauensekretärin des SPD Parteivorstandes

Wir brauchen einen Namen für unseren frauenpolitischen Newsletter

Wie ihr sicherlich schon bemerkt habt, haben wir immer noch keinen guten Namen.

Bitte sendet eure Vorschläge an: asf@bayernspd.de

Jetzt schon Danke für eure Kreativität!

ZUR DISKUSSION

DIE 32 STUNDENWOCHE

Dorothee Klinksiek



Väter wollen mehr Zeit für Kinder – und trotzdem Karriere machen. Mütter wollen nicht nur stundenweise berufstätig sein, sich mit Minijobs abfinden und auf Karriere im Beruf verzichten müssen.

Unsere Familienministerin Manuela Schwesig hat ein neues Arbeitszeitmodell vorgeschlagen, um Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen: Sie will Vollzeitarbeit für Familien neu definieren. Statt der üblichen 35 – 40-Stunden-Woche plus Überstunden, sollen Väter und Mütter von kleinen Kindern beide ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden reduzieren können.

Dieser Vorschlag hat für viel Aufregung gesorgt. Die Wirtschaft warnt vor der Umsetzung, die Kanzlerin mauert, die Konservativen sehen ihre Familienidylle gefährdet.

Die AsF fordert seit langem die 30- Stunden-Woche, denn die Reduzierung der Arbeitszeit hat ganz klar Vorteile:

Die Wirtschaft klagt über Fachkräftemangel, gleichzeitig werden gut ausgebildete Frauen so lange an Heim und Herd gebunden, bis sie den Anschluss für qualifizierte Jobs verpasst haben.

Können Mütter und Väter ihre Arbeitszeit reduzieren, bleibt Zeit für Familie und Beruf, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung beider Elternteile stärkt die Sozialkassen, ist gut für das Steueraufkom-

men und verhindert Altersarmut, von der immer noch in erster Linie Frauen betroffen sind.

Zudem wäre ein solches Arbeitszeitmodell ein erfolgversprechender Ansatz, um tradierte Rollenmuster wenigstens ein Stück weit aufzubrechen. Wenn dann noch das Ehegattensplitting zugunsten der Individualbesteuerung abgeschafft wird, haben wir einen Die aus Steuern finanzierte Ergänzungsunterstützung für Familien mit 32-Stunden-Woche dürfte relativ überschaubar sein. Beide Einkommen zusammen sind immer noch mehr als bei der „klassischen“ Arbeitsteilung – der Vater ist Vollzeit berufstätig, die Mutter Teilzeit oder im Mini-Job.

Das Modell ist vielleicht noch nicht perfekt, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Es lohnt sich, hier weiter zu denken.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

AsF Bayern (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)

Oberanger 38, 80331 München

T: 089/23171127

M: asf@bayernspd.de

W: www.asfbayern.de

Redaktion: Micky Wenngatz, Sonja Röhm, Dorothee Klinksiek

Für die mit Namen gekennzeichneten Artikel zeichnen die einzelnen Autorinnen verantwortlich.

V.i.S.d.P: Sonja Röhm, Oberanger 38, 80331 München

Layout: Jiri Karel, Brigitte Voigt, Sara Hoffmann - Cumani, Micky Wenngatz

Bildquellen: Micky Wenngatz, iStockphoto, wikipedia

